

Während dreieinhalb Stunden besaßte sich der Diekircher Gemeinderat am Dienstagabend noch vor den kommenden Festtagen mit mehreren herausragenden Projekten. Dabei stachen besonders die leichten Abänderungen der Pläne des sogenannten „Dräieck Dikrich“ zur Neugestaltung des Brauereigeländes, mit sozioökonomischen Strukturen, Wohnungsbau und administrativen Flächen, hervor.

Seit dem 17. Oktober 2011 sind die ehemalige Zuckerfabrik der Diekircher Brauerei, die 1896 gebaut wurde und somit das älteste Gebäude des Brauereikomplexes ist, die 1952 errichtete Flaschenfabrik mit ihren acht Stockwerken samt angebundenem Turm sowie die der Brauerei vorgelagerte Grotte nun bereits als nationales Denkmal klassiert. Historische, industrielle und soziale Zeitzeugen, die unbedingt schützenswert sind, wie auch Tom Beiler vom Architektenbüro „Beiler&François“ am Dienstag erklärte.



Das Brauereigelände wird neu gestaltet, wobei die schützenswerten Gebäude in das Gesamtkonzept integriert werden.

(FOTO: BEILER & FRANÇOIS ARCHITECTES)

Gestaltungsflexibilität je nach Nachfrage

Umrahmt werden sie künftig nun von Wohnraum sowie kommerziellen und administrativen Flächen, die nach einem städtischen Entwicklungsplan und je nach Nachfrage zwei unterschiedliche Szenarien für den 2,58 Hektar großen Standort vorsieht. Die Wohnfläche könnte demnach zwischen einer Fläche von 19 950 m² mit 200 Wohnungen und 32 200 m² mit maximal 322 Wohnungen variieren. Ebenso flexibel gestaltbar erweist sich der Raum für Handels- und Verwaltungsbauten.

Kernstück des Projektes bleibt aber die neue Brauerei, die linksseitig auf einer Fläche von 5 350 m² erbaut wird. Die erhaltenen Gebäude werden entsprechend

ausgebaut, derweil die Zuckerfabrik mit einem Neubau für Wohneinheiten versehen wird. Die anderen Gebäude werden dagegen abgerissen und durch Neubauten ersetzt. Durch eine teilweise Unterkellerung der Bauflächen ist die Schaffung von insgesamt 570 Stellplätzen möglich. Der gesamte Standort wird als urbaner, öffentlicher Raum gestaltet, autofrei und großzügig begrünt mit direkter Anbindung an das Stadtzentrum.

Wie Bürgermeister Claude Haagen (LSAP) erklärte, sei nach der offiziellen Veröffentlichung der Pläne nur ein zulässiger Einwand seitens der Bevölkerung eingegangen, dem die Gemeindeverantwortlichen auch Rechnung tragen wollten. So wird ein zur Rue de l'Industrie hin gelegenes neues Gebäude um drei Meter zurückge-

setzt, ein anderes in seiner geplanten Höhe entschärft. Diese Maßnahmen werden nun in die Pläne des PAP mit einfließen, womit sich alle Ratsmitglieder einverstanden erklärten. In der kommenden Sitzung wird dann über den teilweisen Bebauungsplan für das „Dräieck Dikrich“ abgestimmt werden.

Gebühr auf leerstehenden Immobilien wird bereits erhöht

Rat Paul Bonert (CSV) stellte mit Genugtuung fest, das die vom vorigen CSV-Déi Gréng-Schöffengerat festgelegten Leitlinien auch in der vorliegenden Fassung des Projekts weitgehend berücksichtigt wurden. Er freute sich zudem über die Wahrung und Belebung des historisch wertvollen Baubestands, die Verankerung der in-

dustriellen Brautätigkeit am Standort und die multimodale Umnutzung des befreiten Industriegeländes.

Ferner befürworteten die Räte einen auf zehn Jahre angelegten und gestaffelten Mietvertrag für ein 5,30 Ar großes Grundstück mit einer Immobilie in der Rue Kockelberg, die als Kindertagesstätte für 20 Kinder eingerichtet werden soll. Das neue Angebot sei komplementär zur bestehenden Infrastruktur der „Dikricher Däbessen“ zu verstehen, so Bürgermeister Haagen, und soll auch von diesen verwaltet werden. Die Mietkosten liegen momentan bei 1 200 Euro monatlich, werden aber alle zwei Jahre um fünf Prozent steigen. Die Kosten der Umbauarbeiten gehen zu Lasten der Gemeinde. Die im Juli dieses Jahres eingeführte Ge-

bühr von 500 Euro auf Häuser und Wohnungen innerhalb der Stadt, die mehr als 18 Monaten leerstehen, wurde auf 1 200 Euro jährlich erhöht. Die Gemeinde will versuchen, einige dieser Immobilien anzumieten und sie unter sozialen Kriterien weiterzuvermieten.

Mehrheitlich sprachen sich die Räte, nach einer längeren Diskussion, gegen eine Klassierung verschiedener Nachkriegshäuser in der Rue Dr. Mambourg, Rue Muller Fromes und Rue des Fleurs als nationales Denkmal aus, die dereinst sozialen Wohnzwecken dienen. CSV-Rat Paul Bonert zeigte sich diesbezüglich enttäuscht und sprach von „unbedingt erhaltenen Gebäuden, die die Geschichte der Anfänge des sozialen Wohnungsbaus erzählen“.